

DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE

MICHAEL HÄUPL

Wir haben schon bessere Zeiten erlebt

Die Sozialdemokratie hat in ganz Europa schon bessere Zeiten erlebt. Der Neoliberalismus hat Spuren hinterlassen und auch ihr Schaden zugefügt.

In den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg regelten die Bretton-Woods-Einrichtungen den Lauf der Weltwirtschaft, wodurch diese ihren nachhaltigsten Aufschwung und viele Menschen den bedeutendsten Wohlstandsgewinn der Geschichte erlebten. Schwächen der Politik im Umgang mit den Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre und ein behauptetes „Versagen des Staates“ waren dann aber Argumente, den „Märkten“ mehr Spielraum zu geben. Neoliberale Missionare wie Ronald Reagan oder Margret Thatcher deregulierten, liberalisierten, privatisierten.

Aber auch Tony Blair und Gerhard Schröder etwa formulierten Ende der 1990er Jahre einen neuen „dritten Weg“, der den gestaltenden und vorsorgenden Staat und damit eine sozialdemokratische Grundposition infrage stellte. Zur „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“ – wie es hieß – wurden auch hierzulande Unternehmens- und Vermögenssteuern gesenkt, Regulierungen abgebaut, ein Sparen bei öffentlichen Ausgaben als notwendig erachtet. Pensionsreformen und

Kürzungen von Sozialleistungen trafen allerdings auch viele WählerInnen der Sozialdemokratie. Von den Gewerkschaften wurde „Lohnzurückhaltung“ eingemahnt, Verteilungsdiskussionen oder die Mitbestimmung in der Arbeitswelt waren keine Themen mehr. Auch die systematische Privatisierung großer öffentlicher, verstaatlichter Unternehmen in ganz Europa hat das Vertrauen vieler ArbeitnehmerInnen in die Sozialdemokratie und ihr Versprechen auf Sicherung von Arbeitsplätzen erschüttert.

Hinweise auf eine immer ungleichere Verteilung des Wohlstandes, eine einseitige steuerliche Belastung der ArbeitnehmerInnen, eine gleichzeitige Zunahme von Armut und Reichtum, die kontinuierliche Verschlechterung von Arbeitsbedingungen oder die zunehmende Unfinanzierbarkeit öffentlicher Aufgaben, vor allem sozialer Leistungen, führten zu wenig zu sichtbaren Reaktionen der Politik. Denn boomende Börsen, wachsende Wirtschaften, eine neue Angebotsvielfalt für Konsumenten, etwa durch die Liberalisierung diverser Dienstleistungen (wie Fernsehen, Telekom, Strom), schienen der neuen Wirtschaftspolitik recht zu geben.

Die Marktideologie drang aber auch in Bereiche jenseits der Wirtschaft vor. Markt-„Werte“ wurden über alle anderen politischen und sozialen Werte gestellt, individuelle Präferenzen bevorzugt, kollektive Bedürfnisse hintangestellt. Es wurde leicht, Erfolg zu haben – auch ohne moralischen Leitfaden, denn die Frage „Was ist richtig?“ wurde ersetzt durch die Frage „Was ist effektiv?“

Bis zum Herbst 2008 – dem Ausbruch der großen Krise. Einer breiten Öffentlichkeit wurde schlagartig offenkundig, welche

Scheinwelt des Erfolges, welches Kartenhaus Akteure der Weltwirtschaft in den letzten Jahren aufgebaut hatten. Renommierete Finanzhäuser brachen zusammen, Börsen stürzten ab. Mit ihren Anlegern hatten sie jahrelang eine Art Pyramidenspiel gespielt, mit vagen Versprechen deren teures, erspartes Geld zuerst angelockt und dann verzockt. Verantwortungslosigkeit gepaart mit persönlicher Gier von Managern hatte zu hochriskanten Finanztransaktionen verführt, die letztlich nicht mehr aufgehen konnten. Unternehmen, Arbeitnehmer, Familien, ganze Orte, ja Volkswirtschaften wurden in den Abgrund und die Welt in die schwerste Wirtschaftskrise seit 1945 gestürzt.

Das war der Zeitpunkt, da die Sozialdemokratie wieder hörbarer als früher ihre Kritik an einem zügellosen Kapitalismus formulierte. Es war unübersehbar: Der Kapitalismus hatte allein privaten Interessen gedient. Nun ist wieder vermehrt von notwendiger Regulierung der Finanzwirtschaft die Rede, von einem starken Staat, von Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit. Andi Schieder analysiert in seinem Beitrag den Kollaps des globalen Finanzsystems und wirft die nun notwendigen Fragen nach einer effektiven Kontrolle und auch nach Steuergerechtigkeit auf.

Die wirtschaftspolitische Re-Orientierung der Sozialdemokratie wird aber konkrete Folgen und Ergebnisse zeigen müssen, wenn Vertrauen von ArbeitnehmerInnen wieder gewonnen werden will. Denn vom neoliberalen Fahrwasser mitgerissen, wirkte die Sozialdemokratie in ganz Europa mit, einen Teil jenes Nährbodens für neue links- und rechtspopulistische Angebote zu schaffen, welche sie bis heute Vertrauen und Zustimmung kosten.

Die Sozialdemokratie ist an ihrer gegenwärtigen Lage also nicht ganz schuldlos. Allerdings haben auch ihre Gegner, in Österreich vor allem die ÖVP und die FPÖ, alles getan, um ihr das Leben schwer zu machen. Mit der ÖVP ist das Regieren seit Wolfgang Schüssel – dem Erfinder des Slogans „Mehr Privat, weniger Staat“ – schwer geworden. Die ÖVP ist seither nur noch dort zu Bewegung und Zugeständnissen bereit, wo sie für sich Vorteile sieht. Die FPÖ wiederum hat sich in der Koalition mit der ÖVP (2000–2006) als ein absolut willenloser Erfüllungsgehilfe erwiesen und insbesondere auch der Wiener Sozialdemokratie systematisch Probleme bereitet: durch das Sparen bei der Polizei und Sicherheit, durch die Verstärkung der Zuwanderung bei gleichzeitig mangelnden Integrationsmaßnahmen, durch die Abschaffung der Hausbesorger, durch das Kürzen öffentlicher Investitionen usw. Unter den Nachwirkungen dieser Politik leidet Wien teilweise noch heute.

Das offenkundige Scheitern des Neoliberalismus ist nun die Chance für die Sozialdemokratie, sich als die soziale politische Kraft zu erneuern. Denn es soll weder den Rechts-, noch den Linkspopulisten jenes Feld überlassen werden, auf dem die Ängste und Hoffnungen der Menschen auf Antworten und Lösungen warten.

Ein Thema, das in den Jahren des Neoliberalismus völlig untergegangen ist, ist etwa die Qualität der Arbeit. Für die Sozialdemokratie sollte Arbeit immer menschenwürdig, die Wirtschaft sozial und demokratisch sein. Neoliberale sahen das konträr anders. Es geht heute also auch darum, der Bedeutung von Arbeit im Leben der Menschen wieder gerecht zu werden. Das Ziel ist gute Arbeit für alle, wie es unsere

deutschen Freunde formuliert haben. Das heißt: Nicht jede Arbeit ist automatisch gute Arbeit. Arbeit ist dann gut, wenn sie gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikation nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht.

Ein anderes wichtiges Thema ist die Verteilungsgerechtigkeit. ArbeitnehmerInnen tragen den entscheidenden Anteil zur Wertschöpfung bei. Sie haben sich einen gerechten Anteil verdient. Die Lohnquote aber, ihr Anteil an der Wertschöpfung, ist in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Das ist unfair und volkswirtschaftlich schlecht, weil das die Kaufkraft schwächt. Die ArbeitnehmerInnen dürfen auch nicht diejenigen sein, welche die Kosten der Krise, der Rettungs- und Investitionspakete bezahlen, denn sie haben die Krise nicht verursacht. Das bedeutet einen steuerlichen Beitrag der Vermögenden, jener, die durch dieses Wirtschaftssystem reich wurden und werden.

Unter diesen schwierigen, veränderten Rahmenbedingungen hat die Wiener Sozialdemokratie zu arbeiten. Vieles ist durch die Kommunalpolitik gestaltbar, vieles aber auch nicht. Welche sind wichtige Aufgaben der Wiener Sozialdemokratie, die notwendig und ihr auch zu tun möglich sind?

Kommunale Wirtschaftspolitik hat Wien krisenfester gemacht

Im ersten Dreivierteljahr nach dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich in Wien etwas Interessantes gezeigt: Die Arbeitslosigkeit ist weit geringer gestiegen als im Bundesschnitt und in anderen Bundesländern.

Im Schnitt kaum 10 %, während die Zuwachsraten in den Bundesländern 30 bis 40 % erreichten. Die Zahl der Arbeitslosen ist Mitte 2009 in Wien sogar geringer als zur Mitte des Jahrzehnts. Obwohl Großstädte häufig höhere Arbeitslosenquoten aufweisen als andere Regionen, weil die Hoffnung auf Arbeit Menschen in Städte zieht, haben mittlerweile viele andere Städte und Wirtschaftsregionen Österreichs Wien bei der Arbeitslosenquote einge- und überholt. Weshalb ist das so? Weshalb schlägt die Wirtschaftskrise auf Wien nicht voll durch?

Ein wesentlicher Grund ist, dass Wiens Wirtschaft schon ab den 1980er Jahren einen starken Strukturwandel erlebte und die Wiener Wirtschaftspolitik die Modernisierung dieser Strukturen gefördert und unterstützt hat. Klassische Produktionsbereiche wurden durch moderne Dienstleistungen, aber auch verstärkte Forschung und Entwicklung in Unternehmen ersetzt. Wien hat es in den 1990er Jahren geschafft, jede zweite Betriebsansiedlung aus dem Ausland in die Bundeshauptstadt zu ziehen. Die Dynamik des Veränderungsprozesses zeigt sich auch darin, dass Wien die absolute Nr. 1 bei Betriebsneugründungen geworden ist, obwohl das Bundesland einwohnermäßig nicht viel größer als Niederösterreich oder Oberösterreich ist.

Wien hat modernen, zukunftsorientierten Unternehmen einfach ein in jeder Weise optimales Umfeld geboten. Und ich spreche hier nicht nur von den guten Schulen und Hochschulen, die qualifizierte Menschen heranbilden, oder der sehr guten Verkehrsinfrastruktur in und um Wien. Ich spreche auch von Fachhochschulen, deren Entwicklung wir bewusst unterstützt und deren wir daher heute mehr haben als in anderen Bundesländern. Ich spreche in der Wirtschaftsförderung von

einem Weg von der Gießkanne hin zu sogenannten „Calls“, mit denen wir Innovation in bestimmten gewünschten, zukunftssträchtigen Bereichen geradezu provoziert haben. Ich spreche auch von einem eigens gegründeten Wiener Wissenschafts- und Technologieförderungsfonds, der in international hochbeachteter Weise wissenschaftliches Potenzial in Wien herausfordert, fördert und nach Wien bringt. Über 3 Prozent Forschungsquote in Wien sind also kein Zufall. Ich spreche von einem besonders innovativen, sozialpartnerschaftlich organisierten Instrument der Arbeitsmarktpolitik, dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, den wir Mitte der 1990er Jahre eingerichtet haben, um punktgenau auf die Bedürfnisse der Wiener Wirtschaft hin Qualifizierungsmaßnahmen durchführen zu können. Ich spreche von einer Stadtentwicklungspolitik, die beispielsweise für einen der mittlerweile größten Biotech-Cluster Europas im 3. Bezirk die räumlichen Voraussetzungen geschaffen hat. Ich spreche von „creative industries“, die mittlerweile zigtausende Arbeitsplätze bieten und mit der Kultur dieser Stadt, mit den „Kulissen“, die diese Stadt bietet, und mit den Kulturschaffenden dieser Stadt arbeiten und Geld verdienen. Ich spreche aber auch von einer Wohn-, Umwelt- und Lebensqualität, die für so manchen Konzern ausschlaggebend war, sein Headquarter trotz Ostöffnung entweder in Wien zu belassen oder sogar hierher zu verlegen. Und ich spreche nicht zuletzt von einer in der Krise expansiven Budgetpolitik, von im Jahr 2010 rund 700 Millionen Euro zusätzlichen Ausgaben aus dem Stadtbudget zur Stützung und Ankurbelung von Wirtschaft und Arbeit.

Der wirtschaftliche Erfolg Wiens ist also kein Zufall, er ist Ergebnis einer gestaltenden Politik, wie auch Renate Brauner in ihrem Beitrag detailreich nachweist.

Was die Stadt in die Lage versetzt, nicht nur im wirtschaftlichen, sondern in vielen anderen Bereichen aktiv zu gestalten, ist ihr immer noch erhebliches öffentliches Eigentum. Das besitzt Wien allerdings nicht glücklicherweise, sondern weil sich die Sozialdemokratie – im Gegensatz zu Schwarz und Blau – standhaft gegen eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen verwehrt hat.

Das erlaubt der Stadt heute beispielsweise, immer noch Jahr für Jahr rund 10.000 kommunale, mietengeregelte Wohnungen einkommensschwächeren Wohnungssuchenden zur Verfügung stellen zu können. Der Bund, der seine Wohnungen verkauft hat, kann das nicht mehr. Der kommunale Wohnungsbestand ist mit ein Grund, warum das Mieten- und Wohnkostenniveau in Wien nur im österreichischen Durchschnitt liegt – für eine wachsende Großstadt ist das außergewöhnlich.

Oder dass Wien ein sehr gut funktionierendes, integriertes öffentliches Verkehrswesen hat, das nicht in private Betreiber zerschlagen wurde, mit einem Wirrwarr aus Tarifen und Versorgungsdefiziten in Stadtrandgebieten, die sich „nicht rechnen“, wie in anderen Großstädten Europas zu sehen.

Oder dass Wien eine Wasserversorgung hat, die nicht auf Gewinn gerichtet ist, sondern bei der in Erhaltung und weitere Verbesserung von Infrastruktur und Wasserqualität investiert wird. Ganz zu schweigen von den Problemen, die privatisierte Müllabfuhr allerorts in Europa verursachen, oder privatisierte Stromunternehmen, in denen die Manager mehr an den Umsatz (und damit nicht an das Energiesparen) und an die

Dividenden ihrer Eigentümer (und damit ihre eigenen Prämien) denken als an die Versorgungssicherheit.

In Großbritannien wurde im Spitalswesen so sehr gespart, dass lebenswichtige Operationen nicht mehr durchgeführt werden und deswegen PatientInnen zu zigtausenden ins Ausland fahren mussten, um sich operieren zu lassen. Spitalspersonal musste durch Sicherheitspersonal vor verzweifelten PatientInnen und Angehörigen geschützt werden. Das ist hierzulande ebenso wenig bekannt wie die wachsende Zahl von „Re-Verstaatlichungen“, weil sich der private Sektor zwar geschickt in der Darstellung seiner angeblichen Kompetenzen erwiesen hat, aber letztlich zu oft unfähig zu verantwortungsbewusster, nachhaltiger Unternehmensführung.

Wien will und wird – wenn es nach der SPÖ geht – seine wichtigen öffentlichen Dienstleistungen im öffentlichen Eigentum erhalten. Denn sie leisten anerkannt gute Arbeit für die Bevölkerung, sie erbringen ausgezeichnete Qualität, nicht trotz, sondern weil es eine öffentliche Eigentümerschaft und Kontrolle gibt, die nicht an Gewinnen und Dividenden interessiert ist, sondern an problemloser, guter, auch wettbewerbsfähiger Dienstleistung.

Das heißt daher nicht, dass es bei der Organisationsform dieser Bereiche nicht Veränderungen geben kann und auch schon gab. Denn mitunter erweist sich eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion (als Unternehmung der Stadt, als Fonds oder Kapitalgesellschaft) als flexibler und erfolgreicher – gerade wenn sie im Wettbewerb steht – als eine Magistratsabteilung. Das gilt z.B. für den Energiebereich, wo sich die Wien Energie seit einiger Zeit im Wettbewerb mit anderen Anbietern von Strom

und Gas messen muss. Dass sich angesichts weltweit steigender Öl- und Gaspreise auch der Energieanbieter Wien Energie nach der Decke strecken muss und nicht einfach „politische Preise verordnet“ werden können, wie das ÖVP und FPÖ populistisch fordern, ist nach jahrzehntelanger politischer Beherrschung der öffentlichen Wirtschaft in Österreich durch ParteiEN (ja, auch durch die ÖVP) für viele noch nicht ganz selbstverständlich. Mit politisch verordneten Preisen würde aber das Unternehmen in rote Zahlen geraten und erst recht der Ruf nach Privatisierung laut werden, was wir vermeiden wollen.

Die Energiefrage wird Wien und andere Städte noch länger beschäftigen. Denn die Importabhängigkeit von Städten – insbesondere von Öl und Gas – ist groß, die Ressourcen sind aber absehbar endlich. Der Ausstieg aus diesen fossilen Energien ist ein Muss, ebenso wie der Umstieg auf erneuerbare Energien, wie Geothermie, Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplungen. Wien wird und muss diesen Umstieg noch mehr als bisher forcieren, wiewohl er nicht von heute auf morgen zu schaffen ist und wir noch geraume Zeit von steigenden Weltmarktpreisen abhängig bleiben werden.

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist auch notwendig, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Auf seine dramatischen Folgen weist Ulli Sima in ihrem Beitrag hin, vor allem auch darauf, was eine Großstadt wie Wien dagegen tun kann und – in vielen Bereichen messbar vorbildlich – auch tatsächlich tut.

Die zahlreichen Organisationsänderungen im Bereich der Stadt Wien in den letzten beiden Jahrzehnten haben so manchen Funktionär der SPÖ irritiert. Nachdem es jahrzehnte-

lang Usus war, politischen Einfluss auf die Verwaltung auszuüben, ist dieser heute weit geringer. Die Höhe von Tarifen wird aufgrund der Einnahmen und Ausgaben im jeweiligen Dienstleistungsbereich kalkuliert. Bei der Aufnahme in den Magistratsdienst oder in ein Unternehmen der Stadt steht die fachliche Qualifikation im Vordergrund. Es ist objektiv gesehen auch gut, dass die Höhe der Förderung eines sozialen Vereins nicht davon abhängt, wie gut ein Vorstandsmitglied des Vereins interveniert, sondern wie die konkreten Leistungen des Vereins ausschauen. Das mag Einzelnen machtpolitisch nicht klug erscheinen, ist aber sicher fairer gegenüber den Steuerzahlern und Menschen, die Hilfe brauchen.

Und so mancher Sektionsfunktionär im Gemeindebau sähe es auch lieber, dass „unsere Leute“ mit einer Wohnung versorgt werden, übersieht allerdings auch, dass die politische Dankbarkeit dafür schon in der Vergangenheit immer geringer geworden ist, ja so mancher ein Parteibuch nur für diesen Zweck angeschafft und danach wieder gekündigt hat. Ich erinnere daran: Der Ursprung des Kommunalen Wohnbaus des Roten Wien war nicht, Wohnungen für Parteimitglieder zu schaffen, sondern für sozial Schwächere. An dieser Politik orientieren wir uns auch heute. Und deshalb sollte es auch nicht von Belang sein, wo dieser sozial Schwächere oder seine Eltern ursprünglich geboren wurden, sondern dass es ein Arbeiterhaushalt ist. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diesem klarzumachen, dass wir seine Interessenvertreter sind. Nicht nur in Wohnungsfragen. Dass wir uns zu kümmern haben, wenn er Probleme hat oder es Probleme im Zusammenleben mit anderen gibt. Und deshalb ist es auch wichtig, diese Menschen in das politische Leben der Sozialdemokratie auf allen Ebenen zu integrieren.

Das Bekommen eines Arbeitsplatzes oder einer Wohnung ist für Menschen natürlich ein wichtiges Ereignis im Leben. Die positiven Erfahrungen dabei mit der SPÖ zu verknüpfen, macht Sinn. Heute muss die Botschaft aber lauten: DASS man in Wien immer noch eine kommunale Wohnung bekommen kann und nicht alles verkauft worden ist, ist allein der SPÖ zu verdanken. DASS die Arbeitslosigkeit in Wien weit geringer gestiegen ist als in anderen Bundesländern und anderen Großstädten, ist allein der SPÖ dank ihrer außerordentlichen Konjunkturausgaben in Wien zu verdanken und WEIL sich Wien im öffentlichen Bereich Handlungsspielraum erhalten hat, den es jetzt, in der Krise, auch nutzt. DASS es in Wien funktionierende öffentliche Verkehrsmittel und Dienstleistungen gibt, ist allein der SPÖ zu verdanken, weil sie sich gegen eine Privatisierung und Zerschlagung einer funktionierenden Struktur sinnvoller Weise gewehrt hat. DASS es in Wien ein über die Grenzen hinaus anerkanntes Kindergarten-, Bildungs- und Sozialwesen gibt, ist allein der SPÖ zu verdanken, die immer eine Bildungsbewegung war und von Anfang an für Chancen für die Schwächeren eingetreten ist.

Die Organisationsänderungen in der Stadtverwaltung sind ein Prozess. Nicht alles ist bereits perfekt. In manchen Bereichen läuft es noch nicht optimal. Etwa im Gemeindewohnungsbereich, wo in den letzten beiden Jahrzehnten mehrere Entwicklungen gleichzeitig zusammengetroffen sind: Mit der Neuausrichtung der Vergabe in den 1990er Jahren und der gleichzeitig verstärkten Zuwanderung hat sich die Bewohnerstruktur in den Gemeindebauten verändert. Hinsichtlich Sprache und Verhalten haben zu viele – trotz Staatsbürgerschaft – noch nicht den erforderlichen Integrationsgrad erreicht, der für ein konfliktfreies Zusammenleben erforderlich wäre. Zugleich sind wichtige

Ansprechpartner im Gemeindebau weggefallen, die bei solchen Konflikten vermittelt haben: In den 1990er Jahren wurden die Hausinspektoren abgeschafft und durch eine wesentlich zentralere Organisation von Wiener Wohnen, die Gemeindewohnungsverwaltung, ersetzt. Entscheidend verschärft wurde die Lage dann durch die Abschaffung der Hausbesorger durch die schwarz-blaue Bundesregierung im Jahr 2000. Auch die SPÖ selbst oder die Mietervereinigung sind heute als Vermittler in den Gemeindebauten nicht mehr so präsent wie noch vor einigen Jahrzehnten. Dadurch haben sich einige Probleme aufgestaut, die nicht sogleich erkannt und gelöst werden konnten.

Auf die spezifischen Aufgaben im Bereich des Wohnens, des Wohnbaus und der Stadterneuerung in Wien geht Michael Ludwig in seinem Beitrag näher ein.

Die Integration von Zuwanderern ist notwendig, erfolgt in Stufen und braucht daher Zeit

Das Zusammenleben mit Zuwanderern ist ein Thema von großer Bedeutung gerade auch in Wien geworden. Die Zuwanderung nach Österreich war sehr lange geprägt durch Arbeitskräfte mit meist geringer Qualifikation überwiegend aus südosteuropäischen Staaten. In den letzten Jahren hat sich der Familiennachzug verstärkt, sodass heute in Wien etwa ein Drittel der Bevölkerung (rund 540.000 Menschen) einen sogenannten „Migrationshintergrund“ hat, also entweder nicht selbst in Österreich geboren ist oder Eltern hat, die nicht in Österreich geboren wurden. Knapp 40 Prozent von ihnen (210.000) haben die österreichische Staatsbürgerschaft erworben. An dieser Stelle muss klar gesagt werden, dass in den Jahren 2000 bis 2004 unter der schwarz-blauen Bundesregierung die Zuwanderung nach Österreich von jährlich 20.000

auf 60.000 erhöht wurde, und dass damit die Länder, Städte und Gemeinden, vor allem auch Wien, das als Großstadt besonders attraktiv ist, vor große Integrationsaufgaben gestellt wurden.

Es haben sich durch die starke Zuwanderung der letzten Jahre daher Probleme im Zusammenleben ergeben: Die Sprachunterschiede, das unterschiedliche Wissen über die Regeln des Zusammenlebens, die unterschiedlichen kulturellen Werte und Normen sorgen für Konflikte. Wer sich aber nur ein bisschen mit Soziologie beschäftigt, wird erkennen, dass das 1. ganz normal ist und es 2. immer auch Zeit braucht, damit diese Unterschiede geringer werden. Vorausgesetzt man geht den Weg der „Integration“, spricht man will Menschen, die aus bestimmten Gründen noch nicht Teil der Gemeinschaft sind, in das gemeinsame Stadtleben, in die städtische Arbeitswelt, in das Miteinander-Wohnen einbeziehen. Also ein gemeinsames Ganzes herstellen, den Zusammenhalt einer Gesellschaft erhalten, zu der neue Mitglieder hinzukommen.

Integration ist – das sagen alle, die sich auskennen – ein lang andauernder, sehr differenzierter Prozess des Zusammenwachsens, der in mehreren Stufen erfolgt. Der Erwerb von sprachlichen Fähigkeiten sowie die Kenntnis und Akzeptanz der Regeln des Zusammenlebens sollten am Beginn stehen, man nennt das kognitive Integration. Sie sollte nahezu zeitgleich mit der strukturellen Integration erfolgen, also dem Bezug einer Wohnung, der Aufnahme einer Arbeit, dem Einstieg ins Bildungswesen. Dass diese strukturelle Integration in der Vergangenheit aber zu oft vor, ja mitunter auch ohne eine kognitive Integration erfolgt ist, genau das sorgt für die Probleme im Zusammenleben. In der dritten Stufe, der sozialen Integration,

besteht bereits breite Akzeptanz der Zuwanderer auch im privaten Bereich und in der letzten Stufe identifizieren sich die Zuwanderer mit der Aufnahmegesellschaft, empfinden sie Wien als ihre neue Heimat. Sieht man die Dinge also mit objektiven Augen, so ist klar, dass Integration einerseits Zeit und andererseits sowohl Maßnahmen der Aufnahmegesellschaft wie auch die Bereitschaft zur Integration der Zuwanderer braucht. Viele „Gastarbeiter“, die ab den 1970er Jahren zu uns kamen, sind nahezu vollständig integriert. Andere, die noch nicht so lange hier sind und aus in jeder Hinsicht fremderen Gegenden kommen, sind noch wenig bis gar nicht integriert. Das macht Probleme. Es gibt also nicht „zu viele Ausländer“ in Wien – wie die FPÖ behauptet –, sondern allenfalls noch zu viele wenig oder schlecht integrierte BewohnerInnen unserer Stadt. Wer das anders sieht oder formuliert, hetzt wie die FPÖ bewusst Menschen gegeneinander auf, schürt Emotionen, die zu keinen vernünftigen, machbaren Lösungen, sondern nur zu Gegeneinander und Abgrenzung führen, womit die Probleme letztlich nicht gelöst, sondern nur vergrößert werden.

Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Spannungen, Konflikte im Zusammenleben waren immer schon ein Nährboden rechter Parteien. Auch für die FPÖ heute. Rechte Parteien versprechen, wenn's schwierig wird, immer einfache Lösungen, ein hartes Durchgreifen. Sie arbeiten mit Sündenböcken, um von wahren Ursachen abzulenken. Was früher der Antisemitismus war, ist heute der Antislimismus. Mit Demokratie und Freiheit haben Rechte im Grunde nicht viel am Hut. Denn Demokratie bedeutet Menschen- und Bürgerrechte, Selbstverantwortung der Menschen, Grenzen für die Politik und den Staat. Rechte benutzen demokratische Einrichtungen daher lediglich, um diese zu schwächen, um ihre

Forderung nach radikaler Änderung zu untermauern. Rechte sind intolerant. Und sie lügen – schamlos. „Die Sozialisten“ waren daher immer schon ihr standhaftester, gefährlichster und daher Hauptgegner, auch weil die Sozialisten in ihrer gesamten Geschichte immer Verteidiger von Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit waren – was ÖVP und FPÖ von ihren Vorgängerparteien nicht sagen können. Und immer wieder – ausnahmslos – haben die Rechten, wenn sie es in eine Regierung geschafft haben, ihre Versprechungen gebrochen, die Menschen enttäuscht, benutzt, in die Irre geführt, und letztlich deren Leben noch verschlechtert. Das sollten all jene bedenken, die einst Haider gewählt haben und nun meinen, Strache würde alles anders machen als der. Strache wird die Menschen täuschen und enttäuschen. Das ist völlig klar.

Es gibt meines Erachtens für Wien daher keine Alternative zur Integration von Zuwanderern. Man kann sagen, manches geht nicht schnell genug, angesichts starker Zuwanderung in den letzten Jahren haben in der Tat sehr viele noch nicht einmal die ersten Stufen der Integration erreicht. Ohne Sprache aber keine Kommunikation und ohne Kommunikation miteinander auch keine Verständigung. Daher investiert Wien ganz massiv in das Erlernen der deutschen Sprache. Probleme gibt es auch noch bei der kulturellen Integration, auch bedingt durch den religiösen Hintergrund, den manche Zuwanderergruppen mitbringen. In manchen Gruppen muss auch noch der Integrationswille der Zuwanderer eingefordert und gestärkt werden. Die Bildung von Parallelgesellschaften und Ghettos ist jedenfalls nicht gut für Wien und daher will ich sie auch nicht. Integration muss gelingen, auch wenn Parteien wie die FPÖ bewusst dagegenarbeiten und gegen konkrete Integrationsmaßnahmen stimmen.

Die Integrationsanstrengungen werden noch verstärkt werden. Wir erfassen heute den Großteil der Neuzuwanderer mit Integrationsmaßnahmen. Wir müssen aber auch jene stärker erfassen, die schon länger bei uns sind, aber noch nicht gut integriert sind. Sandra Frauenberger argumentiert in ihrem Beitrag, warum Zuwanderung und Integration für die Zukunft aller Städte wichtig und sogar entscheidend sein werden, und warum erfolgreiche Integration eben auch Zeit braucht.

Sicherheit – die ÖVP hat Wien im Stich gelassen

Ein Thema, das von Rechtspopulisten gerne mit „den Ausländern“ vermischt wird, aber mit Zuwanderung nichts zu tun hat, ist die gestiegene Kriminalität. Es ist eine große historische Verantwortung und Schuld der ÖVP, dass sie bei der inneren Sicherheit in Österreich so sehr gespart hat, dass die Kriminalität stark zugenommen hat und dass sie auch gegen Asylmissbrauch viel zu wenig unternommen hat. Seit dem Februar 2000, also mittlerweile 10 Jahre, trägt die ÖVP die Verantwortung im Innenministerium, das für die Polizei und die Verbrechensbekämpfung in Österreich zuständig ist. Bei ihren sogenannten „Polizeireformen“ ging es ihr aber offensichtlich nur darum, Polizeibeamte kalt zu stellen, bei denen eine Nähe zur Sozialdemokratie vermutet wurde, selbst wenn diese fachlich noch so gut waren. Sie hat mit diesen „Reformen“ funktionierende polizeiliche Strukturen zerschlagen und in Summe mehrere tausend Polizisten einfach eingespart. Die Folgen sind merkbar: ein dramatischer Anstieg der Kriminalität in Österreich und ein deutlicher Rückgang der Aufklärungsquote. Den heutigen Sicherheitszustand Österreichs und Wiens hat die ÖVP und ihre Sicherheitspolitik verursacht, sie hat ihn zu verantworten und sie hat vor allem endlich etwas dagegen zu tun! Dass die ÖVP dabei bis zum Herbst 2006 von

ihren Regierungspartnern FPÖ und BZÖ unterstützt wurde, versucht die FPÖ heute gerne vergessen zu machen.

Wäre das Thema nicht so ernst, müsste man ja über die Absurdität so mancher Vorschläge, die infolge dieses Desasters nun diskutiert werden, den Kopf schütteln und fragen: Wenn nun Postler die Arbeit der fehlenden, eingesparten Polizisten tun sollen, und Pfarren angekündigt haben, als Postpartner die Arbeit der Postler zu übernehmen, wer übernimmt dann künftig die Arbeit der Pfarrer?

Aber im Ernst: Wien hat die Polizei von etlichen Verwaltungsaufgaben entlastet und beispielsweise das Melde-, das Pass-, das Fundwesen und auch große Teile der Parkraumüberwachung übernommen. Allerdings wurden die dadurch freigewordenen Polizisten nicht auf Wiens Straßen eingesetzt, sondern einfach eingespart. Es fehlen zur Stunde schon weit über 1.000 PolizistInnen in Wien. Wiens Bemühen um mehr Sicherheit wurde vom Innenministerium also regelrecht sabotiert. Vielleicht sogar mit dem Hintergedanken mancher ÖVP-Strategen, „den Roten in Wien“ durch weniger Sicherheit politische Probleme zu bereiten. Diese irren sich aber, wenn sie glauben, wir würden uns dagegen nicht wehren und aufzeigen, wer verantwortlich ist.

Wir werden der ÖVP und der FPÖ auch nicht den Gefallen tun und anstelle ausreichender, zur Verbrechensbekämpfung ausgebildeter Polizisten Magistratsbedienstete als eine Art „Stadtwache“ einsetzen. Amtsräte und Kanzleikommissäre mit Schlagstock (wie das die FPÖ fordert) im Einsatz – das wäre ja absurd. Selbst Hundstrümmerln, lauten Nachbarn oder Dreckschweinderln ist damit nicht beizukommen.

Unsere Verwaltungsbediensteten wurden dafür weder ausgebildet, noch gibt ihnen die Verfassung die Befugnis, jemanden anzuhalten. Kriminalitätsbekämpfung ist und bleibt Aufgabe der Bundespolizei. In modernen Demokratien hat allein der Staat das Monopol auf Gewalt und niemand sonst. Innerer Frieden und Rechtssicherheit sind vom Staat zu gewährleisten, so steht es in unserer Bundesverfassung. Dafür zahlen wir Steuern. Das können wir erwarten.

Bildung verändert die Menschen

Bildung wird heute häufig im Zusammenhang mit Wirtschaft als wichtig genannt, weil Investitionen dort von entscheidender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung, für Einkommen und Arbeitsplätze sind. Als Sozialdemokrat sage ich aber ergänzend: Investitionen in die Bildung entscheiden auch über die Chancen jedes Einzelnen, sein Leben nach eigenen Vorstellungen und in Wohlstand zu gestalten, und sie sichern außerdem Fortschritt und Bestand der Demokratie.

Bildung fängt nach unserer Ansicht nicht erst in der Schule an. Die ersten Bildungseinrichtungen sind Krippe und Kindergarten, in denen Kinder Sprache, soziales Verhalten und erste Fertigkeiten spielerisch lernen. Die Chance dazu sollten alle Kinder haben, unabhängig von ihrer Herkunft oder dem Einkommen ihrer Eltern. Deshalb haben wir uns entschlossen, dass in Wien Krippe und Kindergarten ab September 2009 für alle Kinder von 0 bis 6 Jahren beitragsfrei sind. Wir verwirklichen das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Anfang an. Und wir werden 2010 auch die Verpflichtung zum Besuch des Kindergartens im letzten Jahr vor dem Schuleintritt einführen, damit sichergestellt ist, dass alle Kinder die „Schul-

reife“ haben, insbesondere die deutsche Sprache ausreichend können und somit Integrationsdefizite nicht ihre Startchancen beeinträchtigen. Ich will, dass verborgene Talente entdeckt und gefördert werden, dass die soziale Herkunft nicht vererbt wird, dass der Kreislauf der Armut durchbrochen wird, dass Integration von klein auf erfolgt, dass Aufstieg möglich ist, dass Hilfen geboten werden, wo es Schwächen gibt, und dass Stärken gestärkt werden. In Bildung kann man gar nie genug investieren. Aber jeden Euro, denn wir hier sparen, würden wir später mehrfach in der Sozialpolitik bezahlen müssen.

Rudi Hundstorfer und Sonja Wehsely erklären in ihrem Beitrag daher die Unterschiede zwischen einem bürgerlichen und einem progressiven Sozialstaat, der die Menschen stark machen möchte. Sie erklären auch, weshalb eine bedarfsorientierte Mindestsicherung mehr mit einem Trampolin gemeinsam hat als mit einer Gießkanne. Die Sozialpolitik hat in Wien ganz großen Stellenwert, seit die Sozialdemokraten regieren. Christian Oxonitsch zeigt in seinem Beitrag auf, was auch gut verstandene Jugendpolitik an nachhaltig Positivem für die Zukunft eines Menschenlebens bewirken kann.

Bildung hat die ganz wichtige Aufgabe, jungen Menschen das Rüstzeug für eine spätere erfolgreiche Berufsausübung zu geben. Ich sehe die Aufgabe der Bildung aber ebenso darin, selbständig denkende, kritisch hinterfragende, in sozialen Zusammenhängen denkende, suchende, forschende Menschen heranzubilden. Das ist durch die bildungspolitischen Weichenstellungen der Ära Kreisky ohne Zweifel gelungen. Das allgemeine Bildungsniveau hat sich in Österreich durch diese Reformen enorm erhöht. Dass Menschen heute auch deswegen „wählerischer“ sind, also auch der Politik und den

Parteien kritischer gegenüberstehen, ist für mich kein Problem, sondern ein Glück, denn das stellt sicher, dass sie auch weniger auf populistische Stimmenfänger reinfallen als in vergangenen Zeiten. Wenn Bildungspolitik also auch Demokratiepolitik bleibt, wenn sich weiter so viele junge Menschen politisch interessieren und demokratisch engagieren wie heute, sehe ich die Demokratie nicht in Gefahr.

Auch die Weichenstellung in Richtung einer Neuen Mittelschule ist wichtig und richtig, welche nach Jahren des bildungspolitischen Stillstandes (unter Unterrichtsministerin Gehrler) durch Claudia Schmied in die Wege geleitet wurde – und sie geht mit viel Elan ja etliche grundlegende Reformen an. Es geht bei der Neuen Mittelschule überhaupt nicht um Nivellierung nach unten – das ist eine der vielen primitiven Angstargumentationen einer ÖVP, die nicht will, dass Menschen aus einfachen Verhältnissen die gleichen Chancen haben und mit jungen Menschen aus „besseren“ Verhältnissen in einer Klasse sitzen, sich beide gegenseitig helfen und vielleicht sogar verstehen lernen. Es wäre ja wirklich furchtbar, wenn der Sohn aus gutem Haus nach Hause käme und seine Eltern mit Fragen über soziale oder Einkommensgerechtigkeit belästigen würde. Elitäre, privilegierte, konservative, einseitig verteilende Gesellschaftssysteme aufrechterhalten ist die Politik der ÖVP, solche aufbrechen und die Menschen zu gemeinsamem Handeln befähigen unsere. Die starke Nachfrage nach der Neuen Mittelschule in ganz Österreich gibt Claudia Schmied recht und sie wird in diesem Land einiges zum Positiven verändern. Claudia Schmied weist in ihrem Beitrag nach, warum die Sozialdemokratie eben immer eine Bildungsbewegung war, warum Österreichs Bildungssystem aber wieder einen Innovationsschub braucht, wie auch die Lernkultur an

unseren Schulen, die Lehreraus- und -weiterbildung und die Schulverwaltung weiterentwickelt werden müssten.

In Wien wird die Entwicklung der Neuen Mittelschule teilweise anders gesehen. Wien verfügt bereits über überdurchschnittlich viele Allgemein- und Berufsbildende höhere Schulen. Viele Hauptschulen wurden bereits in Kooperative Mittelschulen überführt, die vereinfacht gesagt nicht viel anders funktionieren als die Neue Mittelschule, wo Kinder gemeinsam, nach den Lehrplänen der Höheren Schule unterrichtet und gefördert, aber wenn erforderlich nach den unterschiedlichen Lehrplänen von Gymnasium und Hauptschule beurteilt werden und sich am Ende der Unterstufe entscheiden, weiter in die Schule zu gehen oder einen Beruf zu erlernen. Ich halte es jedenfalls für gut, dass Kinder in einer gemeinsamen Schule lernen, wie es anderen Menschen in der Gesellschaft geht und später einmal ihren Berufs- und Lebensweg mit mehr Wissen und daher auch mehr Verständnis für andere verfolgen.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik

Wenn ich mich in meinem Beitrag auf einige wenige Fragen konzentriere, bedeutet das nicht, dass andere Fragen weniger wichtig sind.

In der Budgetpolitik etwa haben wir seit vielen Jahren in Wien den Weg verfolgt, dass die Stadt handlungsfähig bleiben muss, sprich, in Zeiten, wo es notwendig ist – wie jetzt –, expansive Budgets möglich sind, um die notwendigen Ausgaben zur Konjunkturbelebung finanzieren zu können. 4,5 Milliarden Euro an nachfragewirksamen Ausgaben der Stadt und ihrer Unternehmungen im Jahr 2010 sind in der Tat eine beachtliche Summe. Das heißt aber auch, stets darauf zu achten, dass

die Schulden, die durch Investitionen entstehen, nicht zu hoch werden, sodass ihre Bedienung (die Zinsen) die laufenden Ausgaben in wichtigen Bereichen einschränken. Und es bedeutet, auch ausreichende Einnahmen sicherzustellen, auch durch Gebühren und Entgelte, die aber die Menschen nicht unverhältnismäßig belasten. Dieser Balanceakt ist eindeutig gelungen. Wiens Gebühren und Abgaben befinden sich im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten im Durchschnitt. Und mit derzeit knapp 1,5 Milliarden Euro hat Wien Schulden von lediglich 2,5 Prozent gemessen am Bruttoregionalprodukt und dadurch bei Kreditgebern das bestmögliche, ein Triple-A-Rating.

Fortschritte in der Frauenpolitik werden heute eindeutig und zu Recht der Sozialdemokratie zugeschrieben. Wie grundlegend sich das Selbstverständnis der Frauen in den letzten Jahrzehnten, aber auch das Verhalten der Männer verändert hat! Welche junge Frau von heute weiß und glaubt noch, dass erst in den 1970er Jahren durch die Sozialdemokratie die Zustimmung des Mannes zur Berufsausübung der Frau abgeschafft wurde. Gleicher Lohn und gleiche Arbeit – das allerdings bleibt weiter eine große Aufgabe ebenso wie das Durchbrechen der „gläsernen Decke“. Beizutragen, dass Frauen durch ein bedarfsorientiertes Kinderbetreuungsangebot zumindest gleiche Karrierechancen haben, ist eine jener Maßnahmen, wo die Stadt besonders aktiv ist. In keinem anderen Bundesland ist deshalb die Frauenerwerbsquote und damit auch die Chance auf ein eigenständigen Leben so hoch wie in Wien. Oder Frauen in schwierigen Lebenssituationen zu beraten oder ihnen (in Frauenhäusern) Obdach zu bieten, auch das sieht die Sozialdemokratie in Wien als öffentliche Aufgabe. Frauen sind die Mehrheit in Wien. Frauen haben in der Wiener Stadtregierung (unter sozialdemokratischer Führung)

daher ebenso viel zu sagen wie Männer. Im Stadtparlament sind sie noch in der Minderheit, auch weil dort Männerparteien wie die FPÖ und die ÖVP das Verhältnis beeinflussen. Aber auch das wird sich ändern. Frauen sind anders, Frauen führen anders, Frauen kommunizieren anders – das kann für eine männlich bestimmte Welt und Gesellschaft nur eine Bereicherung sein und positive Veränderung bedeuten.

Kulturförderung empfinden etliche – gerade in Zeiten der Krise und der Begrenztheit öffentlicher Mittel – als Luxus. Ja, es ist oft schwer nachvollziehbar, warum etwas als Kunst, als Arbeit eines Künstlers, als qualitativ und förderungswürdig bewertet wird. Aber wurden nicht auch in früheren Zeiten große Künstler nicht gleich erkannt, fanden vielleicht erst nach ihrem Tod Anerkennung? Das Gleiche gestehe ich auch heute Künstlern zu. Lassen wir also der Kunst ihre Freiheit. Lassen wir zu, dass sie provoziert, inspiriert, zu Diskussionen, zum Nachdenken anregt. Vieles von dem, was heute produziert wird, wird in Vergessenheit geraten, manches aber in die Geschichte eingehen, Teil von Wiens außerordentlicher Kunst- und Kulturgeschichte werden, auf die unsere Kinder oder Enkel stolz sein werden. Und wir – heute – werden das ermöglicht haben. Andi Mailath macht in seinem Beitrag eindrucksvoll klar, warum das Kulturleben gerade unter sozialdemokratischen Regierungen immer floriert hat, dass Kunst die Welt menschlicher machen kann, dass aber Kultur noch mehr zum Bürger kommen muss, und wie sehr auch neue Medien die Kunst verändern.

Ich möchte an dieser Stelle auch aufmerksam machen, wie wenig sich eigentlich die Wiener Grünen mit Umweltfragen befassen – das war ja eigentlich das Thema, mit dem sie als politische Bewegung groß wurden. In Wien geben sie mittler-

weile selbst zu, dass wir für eine Großstadt eine erstaunlich gute Umweltqualität haben, eine Top-Wasserqualität, viel Grünraum, keine Probleme mit Smog, die Trennung, Wiederverwertung und Entsorgung des Abfalls funktionieren ebenso problemlos wie jene des Abwassers. Auch die Klimaschutzpolitik ist vorbildlich. Wien baut Kraftwerke zur Verwertung biogener Abfälle und hat die beste Photovoltaikförderung aller Bundesländer. In Wien wird der Rad- und öffentliche Verkehr gefördert wie in kaum einer anderen Großstadt. Da gibt es in der Tat nicht viel zu kritisieren. Aber es gilt vielleicht so manchem grünen Wähler und mancher grünen Wählerin begreiflich zu machen, warum eine regierende Partei mit Infrastruktur- und Verkehrspolitik enormen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region Wien hat und auch haben muss, und wie gesellschaftspolitische Änderungen auf die Infrastruktur und den Verkehr jetzt und künftig rückwirken werden. Doris Bures und Rudi Schicker erläutern das in ihrem Beitrag ausführlich. So mancher verkehrs- und zielgruppenpolitische Populismus der Grünen wird dann als solcher erkennbar. Think global, act local kann in einer Großstadt nicht bedeuten, nur die Lebensumwelt des unmittelbaren Grätzels zu sehen.

Die Gestaltungsmöglichkeiten des öffentlichen Sektors sind heute geringer als früher, zum Teil durch eigene Entscheidung, zum Teil als Folge des Neoliberalismus. Für die Sozialdemokratie ist klar, dass sie diesen Gestaltungsraum erhalten und nach Möglichkeit ausbauen will, WEIL – vereinfacht gesagt – auch das Kapital diesen Gestaltungsraum haben und ausbauen will und seinen Einfluss vermehren will. Es hat sich ja als Illusion erwiesen, dass irgendwelche anonymen, redlichen, objektiven Kräfte des Marktes alles zum Besten wenden, sondern es hat sich gezeigt, dass da ganz konkrete Menschen, Manager,

Bosse, Banken mit ihren Interessen mehr oder weniger redlich am Werken sind, um für sich, ihr Unternehmen und die sie unterstützende(n) Partei(en) ein Maximum herauszuholen.

Es ist nicht Polemik festzustellen, dass die ÖVP – seit 1987 ununterbrochen in der Bundesregierung – einiges getan hat, damit es Großunternehmern, Großbauern und Reichen in Österreich gut, ja besser geht. Das kann man für die ArbeitnehmerInnen so leider nicht sagen. Nicht nur, weil die Sozialdemokratie in dieser Zeit weniger Regierungsmöglichkeiten hatte. Sondern auch weil Wolfgang Schüssel die Sozialpartnerschaft, die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in der Wirtschaft, de facto aufgekündigt hat. Jener geniale Interessenausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und Wirtschaft, der jahrzehntelang für eine halbwegs gerechte Verteilung der Wertschöpfung und damit für wachsende Kaufkraft bei den Menschen sorgte, was wiederum positive Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung Österreichs hatte. In Wien funktioniert die Sozialpartnerschaft weiterhin, wir pflegen sie und das ist gut. Die Vertreter der Wirtschaft haben ebenso mitzureden wie die Vertreter der ArbeitnehmerInnen, wenn es um den Wirtschaftsstandort Wien geht. Und der behauptet sich auch deshalb im internationalen Wettbewerb. Eine leistungsfähige Wirtschaft UND hohe soziale Standards sind also miteinander vereinbar, ich behaupte sogar, sie bedingen einander.

In vielen Fragen der heutigen Politik und Kommunalpolitik wird klar, dass auch ein Abstimmen mit europäischen Entwicklungen notwendig oder zweckmäßig ist. Zwar wird keineswegs alles „von Brüssel“ bestimmt. In der Steuer-, der Konjunktur-, der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- oder Wohnpolitik kann immer noch sehr viel in Österreich selbst

gestaltet werden. Doch in der Finanz-, Migrations-, Sicherheits-, Verkehrs-, Umwelt- oder Energiepolitik etwa wird deutlich, dass unser Land auch von internationalen Entwicklungen abhängt.

Ich halte die Europäische Union – trotz aller Schwächen – nach wie vor für das wichtigste Projekt der jüngeren europäischen, wenn nicht sogar Weltgeschichte, weil es Frieden für einen Kontinent gebracht hat, der jahrhundertlang durch Kriege geprägt war, von dem sogar zwei Weltkriege ausgingen. In historisch gesehen sehr kurzer Zeit haben sich 27 europäische Staaten zu einer Union zusammengeschlossen, die einander vor zwei Jahrzehnten noch in zwei verfeindeten Blöcken gegenüberstanden sind, oder von denen rund die Hälfte – und nicht nur die osteuropäischen – vor rund drei Jahrzehnten Militärdiktaturen waren. Weil diese Zeit der europäischen Integration, des europäischen Zusammenwachsens so kurz war, funktioniert in dieser Union auch vieles noch nicht so, sind Entscheidungen noch nicht so demokratisch, wie sie sein sollten und sicher einmal sein werden. Haben sich daher in ihren Strukturen auch Interessen durchsetzen können, die dem Neoliberalismus und damit nicht den Menschen dienen. Die europäische Integration wird erst dann ein wirtschaftlicher Erfolg, wenn Einkommen auf breiter Front steigen und die Arbeitslosigkeit sinkt, hat etwa der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts, Karl Aiginger, vor einiger Zeit richtig festgestellt. Die Unterschiede in der Lebensqualität, in den sozialen oder Umweltstandards sind teilweise noch hoch. Aber statt Runternivellieren muss es ein Anheben der Standards in rückständigen Ländern geben. Was auch geschieht, aber eben nur langsam. Auch in der EU ist Integration von neuen, schwächeren Mitgliedern alternativlos.

Europa müsse neu entworfen werden, meint Hannes Swoboda in seinem Beitrag etwas provokant. Die Wirtschaftskrise biete z. B. die Chance für neue europäische Weichenstellungen vor allem in der Wirtschafts- und Energiefrage. Und er erklärt, warum Patriotismus nichts mit Nationalismus gemein hat und eine EU-Schwarzmeer-Region Sinn macht. Auch Maria Berger befasst sich mit der EU und der Schwierigkeit der Vermittlung europäischer Politik an die Bürger und was die Gemeinden dazu beitragen könnten.

Ich bin ein überzeugter Sozialdemokrat, weil ich an das Gute glaube, an Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Freiheit. An die Fähigkeit der Menschen, die Welt besser, sozialer und friedlicher zu gestalten. Weil ich die Vision einer besseren Zukunft nicht aufgegeben habe. Und weil die Sozialdemokratie diese Vision nie aufgeben darf. Ich bin aber auch Realist und weiß, dass es andere gibt, die das nicht so sehen und so nicht wollen. Und das bedeutet politische Auseinandersetzung, Ringen um Fortschritte, Verkräften von Rückschlägen.

Die SPÖ hat Wien in den vergangenen neun Jahrzehnten politisch geführt und gestaltet. Und Wiens Bevölkerung bietet sich heute eine Stadt von herausragender, ja weltbesten Lebensqualität. Eine Stadt, die vielfältige Chancen auf Arbeit und Einkommen bietet, eine Vielfalt an Wohn-, an Bildungs-, an Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, ein sicheres soziales Netz, hervorragende Spitäler, Krippen und Kindergärten, in denen man die Kinder gut versorgt weiß, die öffentlichen Dienste und Verkehrsmittel haben Qualität und funktionieren, wir haben eine Wasser- und Luftqualität, von der andere Städte nur träumen können, die Einkommen sind die höchsten, die Lebenshaltungskosten die geringsten aller Bundesländer. In

dieser Stadt lässt sich eine Fülle von Lebensvorstellungen verwirklichen. Es gibt aber auch Probleme, im Zusammenleben mit Zuwanderern, mit der Sicherheit, die Weltwirtschaftskrise macht Angst um Arbeit und Existenz. All diese Probleme sehen wir natürlich und wir kämpfen gegen sie an mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, wir ringen um Lösungen. Wir sind und bleiben den Menschen verpflichtet. Mit Tatkraft, mit Sinn für die Realität, aber auch mit Perspektiven und Visionen für die Zukunft.

Die Zukunft liegt ja nicht darin, dass man an sie glaubt oder nicht glaubt, sondern darin, dass man sie vorbereitet, hat Erich Fried einmal gemeint. Und das tun wir. Wenn eine sozialistische Bewegung keine Visionen hat, dann sind alle ihre Anstrengungen ein sinn- und zielloses Taktieren – Bruno Kreisky hat gewusst, warum er auf diese Weise vor dem politischen Alltag warnte. Und warum es von Zeit zu Zeit daher auch Bücher wie dieses braucht, die erinnern, aufmerksam machen und überzeugen sollen, warum Menschen Sozialdemokraten sind, bleiben und werden. Und bei der nächsten Landtags-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl in Wien im Jahr 2010 der SPÖ ihr Vertrauen geben sollten.

An dieser Stelle danke ich unserem Klubdirektor im Wiener Rathaus, Andi Höferl, sowie dem echomedia verlag, die entscheidenden Anteil am Zustandekommen dieses wichtigen Buches hatten.

Ich wünsche interessante Lesestunden und danach folgend gute Taten.